

Eigene Identität wahren

Von Wolfgang Dicke

Der Anlass war der Einsatz vieler Polizistinnen und Polizisten des UN-Kontingents im Kosovo, doch geriet die Betrachtung über Sinn und Zweck von Auslandseinsätzen der Polizei darüber hinaus. Die Internationale Union der Polizeigewerkschaften (UISP) hatte sich derlei Einsätze zum Thema ihrer Büro-Sitzung (das entspricht etwa dem Vorstand der UISP) Ende März in Luxemburg gemacht, weil Kolleginnen und Kollegen fast aller beteiligten Mitgliedsgewerkschaften der UISP seit Spätsommer 1999 im Kosovo eingesetzt sind.

Der oberste schwedische Polizeichef, Police Commissioner Sten Heckscher, gab auf der Grundlage jahrzehntelanger Erfahrungen der schwedischen Polizei mit Auslandseinsätzen zwischen Palästina und Guatemala eine generelle Betrachtung solcher Einsätze ab, während anschließend UISP-Vizepräsident Norbert Spinrath von den ganz hautnahen Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen erzählte, mit denen er im Herbst vergangenen Jahres im Kosovo gesprochen hatte. Ein Zuhörer kommentierte anschließend: "Das eine war der große Rahmen, das andere war die tägliche Praxis!"

Heckscher machte den prinzipiellen Unterschied zwischen bisherigen Auslandseinsätzen von Polizeikräften und jenem im Kosovo deutlich: Bislang war es im Wesentlichen um Beobachtung und Hilfe beim Aufbau neuer Polizeistrukturen gegangen, jetzt im Kosovo handelt es sich erstmals bei einem UN-Auftrag um einen Einsatz mit Exekutivbefugnissen.

Schon die bisherigen Einsätze waren schwierig genug, weil es vielfach darum ging, nach jahrelanger Diktatur in einem Land einen demokratischen Prozess zu begleiten, der auch die heimische Polizei einschließen muss.

Das geht, wie Heckscher betonte, nicht isoliert von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Am Beispiel Südafrikas machte er deutlich, wie schwierig dieser Prozess für alle Beteiligten sei: Die Bürger müssten lernen, dass die Polizei nicht länger Unterdrückungsinstrument sei, die Polizisten - die man ja nicht alle austauschen könne - müssten lernen, dass sie nun dem Bürger zu dienen hätten. Heckscher: "Man muss einfach sehen, dass die Polizei oft das Symbol für die Verletzung der Menschenrechte war; daher ist das Misstrauen der Bürger nur allzu verständlich."

Der ganzheitliche Ansatz, also der Aufbau einer funktionierenden Wirtschafts- und Sozialstruktur neben dem eines rechtsstaatlichen Rechtssystems, sei von grundlegender Bedeutung für die friedliche Entwicklung eines Landes. Heckscher: "Wer investiert schon in die Wirtschaft eines Landes, in dem es kein Recht gibt?"

Phasen-Modell zum Frieden

Zugleich betonte er die zunehmend wichtige Rolle einer zivilen Polizei bei friedenserhaltenden Maßnahmen. "Wenn der erste Soldat nach Ende unmittelbarer Kampfhandlungen in eine solche Region kommt, muss ihn ein ziviler Polizist begleiten. Es muss klar sein, dass das Ziel eine friedliche Gesellschaft mit einer funktionierenden Verwaltung und einem rechtsstaatlichen Justizsystem ist, ohne Korruption, mit Respekt vor den Menschenrechten."

Der Commissioner beschrieb ein Phasen-Modell, nach dem sich der Prozess von einem Kriegsgebiet

zu einem friedlichen Land - idealerweise, wohlgemerkt - vollziehen sollte: Der bewaffnete Konflikt macht den Einsatz von Militär notwendig; dieser Konflikt geht nach seiner Beendigung in eine Phase voller Spannungen und Zusammenstöße über, in der Militär und zivile Polizei nebeneinander arbeiten. Die nächste Phase ist eine deutlich ruhigere, aber immer noch mit gelegentlichen Spannungen versehene Lage, in der es noch bestimmte militärische Truppenteile gibt, aber die Friedenserhaltung prinzipiell der zivilen Polizei obliegt. Die letzte Phase ist dann die Konsolidierung einer friedlichen Lage, bei der die zivile Polizei mit den unter ihrer Aufsicht wieder aufgebauten lokalen Polizeikräften zusammenarbeitet.

Qualität der Ausbildung verbessern

Der schwedische Commissioner ging - diplomatisch verpackt, doch in der Botschaft unmissverständlich - auf einen Aspekt ein, der auch beim jüngsten Einsatz eines UN-Polizeikontingents im Kosovo deutlich geworden ist: die gravierenden Unterschiede in Ausbildung und Berufsverständnis der Polizisten aus den unterschiedlichen Ländern rund um den Erdball. "Die beste Gewähr dafür, dass Polizisten ihrerseits die Menschenrechte achten, ist die Qualität der Ausbildung."

Nach seinen Beobachtungen aus der Vergangenheit sind Fälle von Verletzung der Menschenrechte nicht so sehr darin begründet, dass diese Rechte bewusst missachtet werden, sondern dass die Polizisten die Kontrolle über eine Situation verloren und dann keine andere Möglichkeit zur Lösung mehr gesehen haben, als zu überreagieren.

Im übrigen wies Sten Heckscher darauf hin, dass die Einsätze von UN-Polizeikontingenten nicht alleine auf reine Menschenfreundlichkeit gestützt seien: "Internationale Hilfe dient auch dem eigenen Interesse. Die Hilfe für andere nützt bei der Bekämpfung der Kriminalität, besonders der organisierten Kriminalität, die uns sonst auch zu Hause bedroht."

Von den alltäglichen Problemen der Polizistinnen und Polizisten im Kosovo berichtete UISP-Vizepräsident und GdP-Vorsitzender Norbert Spinrath. Allerdings: Keine noch so anschauliche Beschreibung könne das persönliche Erlebnis in diesem Land ersetzen. "Man muss den Brandgeruch der Häuser riechen, man muss hören, wie immer noch geschossen wird, man muss sehen und erleben, wie tief der Hass zwischen den ethnischen Gruppen sitzt." Drastisch schilderte er, wie sehr sich der völlige Zusammenbruch eines Rechtssystems, das Fehlen einer funktionierenden Verwaltung, bemerkbar mache: "Alleine der Straßenverkehr! Niemand hält sich an irgendwelche Regeln, es gibt völlig unsichere Vehikel, zahlreiche Autos sind gestohlen; entweder tragen sie gar keine Kennzeichen oder noch diejenigen der Länder, in denen sie entwendet wurden." Und: "Wer kein Unrechtsbewusstsein hat, wenn es darum geht, einen Menschen zu töten oder ein Haus in Brand zu stecken, der hat schon lange kein Problem, ein gestohlenen Auto zu fahren." Anders als das Militär hätten sich die UN-Polizisten ihre Unterkünfte privat suchen müssen, wobei die Mieten durchaus Großstadt-Niveau hätten, hingegen der Standard einschließlich Strom- und Wasserversorgung mit "dürftig" noch vornehmlich umschrieben sei.

Spinrath wies nachdrücklich auf die höchst zweifelhafte Rolle der UCK hin, die zwar offiziell aufgelöst bzw. in eine Art technisches Hilfskorps umgewandelt wurde, dennoch aber neben der UN-Polizei die Rolle einer Art zweiten Polizei beanspruche.

In der anschließenden Diskussion wurde von mehreren Gewerkschaftern betont, wie wichtig die Vor- und gerade auch die Nachbereitung solcher UN-Einsätze seien. Hierzu der schwedische Commissioner: "Man muss sich um die Kolleginnen und Kollegen kümmern, wenn sie nach Hause kommen. Das bezieht sich auch auf die Familien." Zugleich sprach sich Heckscher dafür aus, dass sich die Teilnahme an derlei Auslandseinsätzen förderlich für das spätere berufliche Fortkommen

auswirken müsse.

Die UISP-Runde unterstützte nachhaltig die GdP-Position, wonach es ständige Polizeistäbe für Auslandseinsätze geben müsse, um sicherzustellen, dass neben dem Militär sofort auch zivile Polizeikräfte tätig werden könnten. UISP-Präsident Hermann Lutz: "Soldaten haben ihren eigenen Beruf, genau wie wir als Polizisten. Das darf man nicht verwischen." Sten Heckscher sah dies genauso: "Es ist wichtig, zur Identität als ziviler Polizei zu stehen. Wir sind nicht Militär."

Sozialer Dialog vor Gesetzgebung

Zu einem völlig anderen, gleichwohl nicht minder interessanten Thema nahm auf derselben Sitzung der UISP der stv. Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Jean Lapaye, Stellung: dem so genannten Sozialen Dialog. Dieser Begriff meint im Grunde nichts anderes, als dass damit eine Plattform gegeben ist, auf der die Sozialpartner auf EU-Ebene sich über wichtige sozialpolitische Themen einigen können, wie zum Beispiel zur Arbeitszeit.

Derlei Einigungen, die dann in den EU-Mitgliedsstaaten als Rahmen dienen, ersetzen das unmittelbare Tätigwerden von Kommission und EU-Parlament, werden also ohne weiteres Zutun als EU-Richtlinie umgesetzt. Sinn ist, sozialpolitische Themen von EU-weiter Bedeutung durch die Sozialpartner regeln zu lassen, bevor der EU-Gesetzgeber dies tut. Gleichwohl bleibt noch reichlich Gestaltungsspielraum, sowohl auf den nationalen Ebenen wie auch in den verschiedenen Berufsbereichen.

Der öffentliche Dienst, so Lapaye, bilde im Rahmen des Sozialen Dialogs noch eine Lücke. Dabei sehe er durchaus Themen für den öffentlichen Dienst im Allgemeinen und die Polizei im Besonderen, die europaweit aufgegriffen werden könnten, wie zum Beispiel die Arbeitszeit. Dieses Thema ließe sich erweitern auf eine Untersuchung über die Arbeitsbelastungen der Polizei insgesamt, mit der sich das EU-Parlament beschäftigen könne.

Dem stv. EGB-Generalsekretär gab Hermann Lutz eine dringende Bitte mit auf den Weg zurück nach Brüssel: Der EGB möge sich dafür einsetzen, dass endlich innerhalb der EU alle Personen, die Polizei-Aufgaben wahrnehmen, auch Gewerkschaftsrechte genießen könnten. Er erinnerte an die ungute Tradition der mediterranen Länder seit Napoleons Zeiten, neben einer zivilen Polizei militärische Kräfte mit Polizeiaufgaben vorzuhalten, die jedoch keinerlei Gewerkschaftsrechte hätten. Lutz: "Wie lange noch soll nationale Tradition Vorrang haben vor der Einhaltung der Menschenrechte, zu denen auch das Gewerkschaftsrecht gehört?"

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 5/2000](#))